

### PRÄAMBEL

Rechtsgrundlagen dieses Bebauungsplanes sind

das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBI. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Juli 2023 (BGBI. 2023 I Nr.

221) geändert worden ist,

geändert worden ist

die **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)

die Planzeichenverordnung (PlanzV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBI. I S. 1802) geändert worden ist, sowie

die Bayerische Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI. S. 588, BayRS 2132-1-B), die zuletzt durch Gesetz vom 23. Juni 2023 (GVBI. S. 250), durch § 4 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (GVBI. S. 327) und durch Art. 13a Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2023 (GVBI. S. 371) geändert worden ist.

# Festsetzungen gemäß § 9 BauGB und Art. 81 BayBO

# A) Zeichnerische Festsetzungen

 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches - BauGB, §§ 1 bis 11 der Baunutzungsverordnung - BauNVO)



Sonstige Sondergebiete (§ 11 BauNVO) Zweckbestimmung: Freiflächenphotovoltaik

2. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

3. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

Zweckbestimmung: Erdweg



4. Grünflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)



Private Grünflächen mit Bepflanzung (gem. Maßnahme VI und VII, siehe C 5)

Private Grünflächen mit Bepflanzung (gem. Maßnahme V, siehe C 5)



Private Grünflächen

# 5. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)



Schutzzaun während der Bauzeit gem. C) 2.

6. Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (gem. C) 5.)



Ausschnitt Ausgleichsfläche, Flurnr. 2822 Gmkg. Birkenfeld, gem. C) 5., Maßstab 1:2.000

# B) Textliche Festsetzungen

Speicheranlagen, usw.).

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Im Bebauungsplan wird die Art der baulichen Nutzung entsprechend den Abgrenzungen in der Planzeichnung wie folgt festgesetzt:

Sonstiges Sondergebiet (SO) i. S. d. § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung "Freiflächenphotovoltaik". Innerhalb des Sondergebietes sind zulässig: technische und betriebsnotwendige Einrichtungen, die zur Erzeugung von Solarstrom erforderlich sind (z.B. Übergabestation, Trafostation,

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Die maximal zulässige Fläche für Solarmodule (MF) beträgt ca. 10.532 m².

# 2.2 Grundflächenzahl

Die Grundflächenzahl wird auf 0,8 festgesetzt. Die maximal versiegelte Fläche wird auf 100 m² begrenzt. Als versiegelte Flächen gelten bespielsweise Übergabestationen, Trafostationen, Speicheranlagen, usw.. Die Flächen der Modulständer gelten nicht als versiegelte Fläche.

2.3 Höhe baulicher Anlagen

Die Höhe von Gebäuden darf maximal 4,00 m betragen, gemessen von der natürlichen Geländeoberfläche bis zum höchsten Punkt des Dachs (Firsthöhe bzw. Oberkante der Attika 4,00 m). Die Höhe freistehender Solarmodule darf maximal 2,80 m betragen, gemessen von der natürlichen Geländeoberfläche bis zum höchsten Punkt der Solarmodule Allgemein zulässig im Sondergebiet sind Kameramasten mit einer Höhe von maximal 8,00 m

ab natürlicher Geländeoberfläche.

2.4 Gebäudegestaltung Die Gebäudefassaden sind in Putz, Sichtbeton oder mit einer Holzverkleidung zu erstellen. Die Farbgebung der Fassaden ist im Farbspektrum beige, braun, grün oder grau zu wählen. Bei Holzverkleidungen ist der natürliche Farbton beizubehalten. Alternativ ist eine Begrünung der Fassaden durch geeignete Rankpflanzen zulässig.

2.5 Dachgestaltung

überschreiten.

Für Trafostationen, Übergabestationen und andere Nebengebäude sind Flachdächer oder geneigte Dachflächen zulässig. Die Dacheindeckung der Nebengebäude ist mit nicht reflektierenden Materialien im Farbspektrum Rotbraun, Braun bis Graubraun umzusetzen.

Bauweise, Baugrenze (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB) Im Plangebiet wird keine Bauweise festgesetzt, da alle baulichen Anlagen von untergeordneter Bedeutung

3.2 Die überbaubaren Grundstücksflächen sind entsprechend der Planzeichnung durch Baugrenzen gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO festgesetzt. Gebäude, Gebäudeteile und bauliche Anlagen dürfen die Baugrenzen nicht

3.3 Nebenanlagen i. S. d. § 14 BauNVO wie Trafostationen o. ä. dürfen nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche errichtet werden. Einfriedungen sind auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig (siehe B5)

Geländeveränderungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. Art. 81 BayBO) 4.1 Geländeveränderungen sind nur insoweit zulässig, als diese im Zusammenhang mit der Errichtung der Anlage erforderlich sind, jedoch max. 0,50 m abweichend vom natürlichen Gelände.

Grundstückseinfriedung sind auch außerhalb der Baugrenze zulässig und sind als Maschendraht- bzw. Industriezaun auszuführen. Die Zäune sind ohne zusätzlichen Sockel auszuführen. Die Höhe der Einfriedung

4.2 Die Übergänge zur natürlichen Geländeoberfläche sind als Böschungen herzustellen. Böschungen sind mit einer Höchstneigung von 1:2 herzustellen. Einfriedungen (§ 9 Abs. 4 BauGB i. V. m. Art. 81 BayBO)

Abstandsflächer

Abweichend zu Art. 6 BayBO werden die Tiefe der Abstandsflächen auf 1,00 m reduziert.

darf 2,50 m nicht überschreiten. Einfriedungen sind in der Farbe grün herzustellen.

Module

Die Erstellung von beweglichen Anlagenelementen ist nicht zulässig. Eine Abweichung von der Südausrichtung ist bis zu maximal 20° sowohl in westlicher als auch in östlicher Richtung zulässig Stark reflektierende Materialien dürfen nicht verwendt werden. Die einzelnen Module sind in Höhe und Gestaltung einander anzugleichen. Die Höhe der Module ist so zu wählen, dass eine fließende Anpassung an das bestehende Gelände erfolgen kann. Hierbei ist die maximal zulässige Höhe der Photovoltaikelemente einzuhalten.

Vorabstimmung Innerhalb des Geltungsbereichs verlaufen Versorgungsleitungen des Zweckverband Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM). Zur Sicherung der bestehden Leitungen ist zwingend vor Beginn der Maßnahme ein vor Ort Termin mit dem Verband zur Leitungseinweisung zu vereinbaren.

Sollte eine Nutzung der Fläche für Freiflächenphotovoltaik nicht mehr erforderlich sein, ist die Anlage rückstandslos zurückzubauen und ihrer ursprünglichen Nutzung zuzuführen, sodass diese ackerbaulich bewirtschaftet werden kann.

### C) Festsetzungen zur Grünordnung und zum Artenschutz

Bei Einfriedungen durch einen Zaun ist darauf zu achten, dass die Durchgängigkeit für Kleinsäuger, Vögel, etc. besteht. Die Planungsfläche wird zukünftig nicht beweidet, daher wird von einer Aufstellung eines wolfabweisenden Einfriedung durch den Vorhabensträger abgesehen.

Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung

Die im Westen befindlichen Magerstandorte sind durch einen Bauzaun zur Sicherung des nach Art. 23 Abs. 1 Nr. 4 BayNatSchG i. V. m. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotops Nr. 6123-1210-001 zu schützen. Es dürfen keine Baustellenfahrzeuge, Materialien, etc. auf den Flächen kurzzeitig abgelegt oder gelagert werden.

Der einzelne Baum am Rand des Geltungsbereiches (Fl.-Nr. 2387) ist bei Baumaßnahmen z.B. durch einen Lattenzaun mit mind. 2 m Höhe zu schützen.

Nach Beendigung der Baumaßnahmen sind alles Bauzäune (auch der Bauzaun zum Schutz des geschützten Biotops Nr. 6123-1210-001), Reststoffe und Baustellenstraße unverzüglich und restlos

Die Erschließung der betroffenen Ackerfläche des Plangebietes darf nur zwischen dem 01.10. und dem 28.02. erfolgen (Bauzeitenbeschränkung zum Schutz der Feldvögel), damit eine Tötung bzw. Störung von Feldvögeln ausgeschlossen werden kann. Ist die Einhaltung der Bauzeitenbeschränkung nicht möglich, hat eine Vergrämung durch Schwarzbrache zu erfolgen. Die Vergrämung hat vom 01.03. ab durchgehend bis zur Baufeldräumung zu erfolgen. Dabei muss das Aufkommen jeglicher Vegetation durch regelmäßigen Umbruch verhindert werden. Der Umbruch hat spätestens alle zwei Wochen zu erfolgen, so dass jeglicher Aufkommen von Vegetation vermieden wird. Vor Beginn der Vergrämung muss die CEF-Fläche voll funktionstüchtig zur Verfügung stehen. Wird die Vergrämung nicht rechtzeitig begonnen oder nicht konsequent fachgerecht umgesetzt, ist die Bauzeitenbeschränkung einzuhalten.

Für die Beleuchtung ist fledermaus- und insektenschonende Beleuchtung vorzusehen und die Beleuchtung ist möglichst geringe zu halten um einer Lichtverschmutzung entgegenzuwirken (warmweißes Licht mit 1800-3000 K ist zu verwenden).

Vermeidung von Bodenerosionen durch Niederschlagswasser zwischen den Solar-Paneelen durch eine dauerhaft schützende Pflanzendecke (anzulegendes Extensivgrünland).

3. Vermeidungs-, Minimierungs- und CEF / FSC-Maßnahmen für die Fauna

Diese Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität (CEF-Maßnahmen bzw. FSC-Maßnahmen) werden als vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG durchgeführt, um eine Gefährdung von potentiellen lokalen Populationen zu vermeiden. FCS-Maßnahmen müssen nicht im räumlichen Zusammenhang mit dem Eingriff stehen. Jagdhabitate für Fledermäuse und Vögel werden insoweit optimiert, da das Baugebiet eingegrünt wird und somit zusätzliche Strukturen geschaffen werden.

Maßnahme I: Anlage einer Blüh- / Brachefläche für Feldvögel, insbesondere der Feldlerche auf der Fl.-Nr. 2822, Gemarkung Birkenfeld (CEF-Maßnahme) Ein Hektar dieser Fläche (veraltete Christbaumkultur) wird als Ausgleich für das zukünftig bebaute Feldlerchenhabitat angelegt, die übrige Fläche von ca. 11.460 m² wird in die Ausgleichsbilanzierung einbezogen und es wird Extensivgrünland mit den BNT G212 und G214 angelegt. Es werden abwechselnd Blüh- und Brachestreifen von je mind. 10 m Breite angelegt. Die Streifen sind nicht direkt entlang der Feldwege zu positionieren, sondern ausreichend in die Fläche hinein (vgl. UMS "Maßnahmenfestlegung für die Feldlerche im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)" des StMUV vom 22.02.2032.

Die Vorgaben des UMS "Maßnahmenfestlegung für die Feldlerche im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP)" des StUMV vom 22.02.23 sind einzuhalten. Vorgesehen ist der westliche Teil der Fläche. Die Blühflächen bestehen aus niedrigwüchsigen Ackerwildkräutern, die Brachestreifen sind "Selbstbegrüner". Als Saatqut für den Blühstreifen ist eine gebietseigene, artenreiche Ackerwildkrautmischung des Ursprungsgebietes 11 "Südwestdeutsches Bergland" zum Beispiel der Firma Rieger-Hofmann GmbH, zu verwenden. Jegliche Düngung ist ausgeschlossen, auch die Düngung mit Festmist. Hinweise zu Anpflanzungen sind einzuhalten. Pflanzung und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.2.1 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

# 4. Maßnahmen zur Kompensation unvermeidbarer Auswirkungen auf Naturhaushalt und Landschaftsbild

- Ausgleichsflächen Zur Kompensation unvermeidbarer Auswirkungen von Erschließung sowie Bebauung auf Naturhaushalt und Landschaftsbild stellt der Vorhabensträger Flächen zur Verfügung. Diese Bereiche werden bezeichnet als "Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft". Es wurden Maßnahmen festgelegt und damit die nicht verminder- und vermeidbaren Beeinträchtigungen der Funktionen von Naturhaushalt und Landschaftsbild sowie ihre Wechselbeziehungen nach § 1a BauGB kompensiert. Die Ausgleichsflächen und CEF-Flächen sind rechtlich und dinglich zu sichern. Die Ausgleichsflächen sind an das Ökoflächenkataster des Landesamtes für Umwelt zu melden (vgl. Art. 9 BayNatSchG).

Maßnahme II: Anlage von mäßig extensiv genutztem, artenreichem Grünland (BNT G212) auf der Fl.-Nr. 2822, Gemarkung Birkenfeld 9.860 m² dieser Fläche (veraltete Christbaumkultur) werden als Auslgeich für das zukünftig bebaute Planungsgebiet herangezogen. Es wird mäßig extensiv genutztes, artenreiches Grünland mit dem BNT G212 angelegt. Vorgesehen ist der nahezu mittlere Teil der Fläche zwischen der CEF-Maßnahme (Maßnahme I) und der Maßnahme III. Als Saatgut ist eine gebietseigene, artenreiche Mischung des Ursprunggebietes 11 "Südwestdeutsches Bergland" zum Beispiel der Firma Rieger-Hofmann GmbH, mit einem Anteil an Gräsern von 50 %, zu verwenden. Alternativ kann die Fläche auch mittels Mahdgutübertragung aus geeigneten Flächen im Umkreis angelegt werden. Die Fläche soll unter anderem der Förderung von Feldvögeln und Insekten dienen. Die Ausgleichsfläche muss spätestens ein Jahr nach Baufertigstellung hergestellt sein. Pflanzung und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.3.1 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

Maßnahme III: Anlage von artenreichem Extensivgrünland (BNT G214) auf der Fl.-Nr. 2822, Gemarkung Birkenfeld 1.600 m² dieser Fläche (veraltete Christbaumkultur) wird als Ausgleich für das Planungsgebie herangezogen und in artenreiches Extensivgrünland BNT G214 umgewandelt. Vorgesehen ist der westliche Teil der Fläche. Als Saatgut ist eine gebietseigene, artenreiche Ackerwildkrautmischung des Ursprunggebietes 11 "Südwestdeutsches Bergland" zum Beispiel der Firma Rieger-Hofmann GmbH, mit einem Anteil an Gräsern von 40 %, zu verwenden. Alternativ kann die Fläche auch mittels Mahdgutübertragung aus geeigneten Flächen im Umkreis angelegt werden. Die Fläche soll unter anderem der Förderung von Feldvögeln und Insekten dienen. Die Ausgleichsfläche muss spätestens ein Jahr nach Baufertigstellung hergestellt sein. Pflanzung und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.3.2 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

5. Maßnahmen zur Kompensation unvermeidbarer Auswirkungen auf Naturhaushalt und Landschaftsbild - Eingrünungsmaßnahmen Allgemeine Hinweise für die Eingrünungsmaßnahmen sind zu beachten. Diese sind dem zugehörigen Umweltbericht von MaierLandplan (08.10.24) Kapitel 5 zu entnehmen. Die Maßnahmen sind durch eine

Herstellungspflege (Wildzaun, Wässerung) sicherzustellen. Ausgefallene Bäume und Sträucher sind zeitnah zu ersetzen. Maßnahme IV: Eingrünung und Pflegemaßnahmen des Planungsgebietes durch Anlage extensiven

Grünlandes auf der gesamten Planungsfläche. Um das Baugebiet in die Landschaft einzubinden und dieses ökologisch aufzuwerten wird auf der gesamten Planungsfläche extensives Grünland angelegt mit einer Wiesenblühmischung aus 60 % Wiesenwildkräutern und 40 % Grasanteil, da sonst die Gefahr besteht, dass sich kein stabiler Bestand entwickelt und die gesäte Vielfalt weg ist. Es sind Kräuter zu verwenden, die an Grünland angepasst sind, keine Kräuter, die an Äcker angepasst sind. Letztere sind ungeeignet, um ein stabiles extensives und artenreiches Grünland herzustellen. Jede dritte Reihe der Solarmodule wird nicht ausgesät, um natürliche Sukzessionsflächen zu schaffen und so die Strukturvielfalt zu erhöhen. Die Höhe der Unterkante der Solarmodule muss mind. 80 cm hoch sein, um sicherzustellen, dass genug Streulicht für die Entwicklung des Grünlandes hindurch kommt und um die Entferngung der Mahd zu ermöglichen. Pflanzung und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.4.1 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

Maßnahme V: Eingrünung des Planungsgebietes durch Anlage einer 5 m breiten Hecken im Norden (Fl.-Nr. 2387, Gem. Karbach) des Planungsgebietes (in Ausgleichsbilanzierung berücksichtigt) Um das Baugebiet in die Landschaft einzubinden wird auf der vorhandenen Ackerfläche eine 5 m breite Hecke angelegt. Zum einen wird damit eine Einbindung der Baugebietsfläche in die Landschaft erreicht und zum anderen neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen und die Strukturvielfalt der Landschaft erhöht. Weiterhin wirkt die Hecke als Sichtschutz und trägt einen Teil zur Verbesserung des Kleinklimas bei. Es ist autochthones vielfältiges Pflanzmaterial mit unterschiedlichen Wuchsformen und -höhen zu verwenden. Dieser Ansatz trägt zur Auflockerung der linearen Strukturen der PV-Anlage bei. Die Größe der Hecke beträgt ca. 800 m² im Norden des Planungsgebietes. Um eine möglichst hohe ökologische Wertigkeit zu erreichen, empfiehlt es sich ebenfalls bei den Pflanzungen unterschiedlich weit entwickelte Pflanzen zu nehmen. Aus Gründen der Klimaerwärmung sind für die Auswahl der zu pflanzenden Pflanzen sogenannte Klimabäume und -sträucher vorgesehen. Pflanzung, Pflanzliste/ -schema und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.4.2 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

Maßnahme VI: Eingrünung des Planungsgebietes durch Anlage zweier 1m breiten Hecken im Osten (Fl.-Nr. 2387, Gem. Karbach) des Planungsgebietes Um das Baugebiet in die Landschaft einzubinden werden auf den vorhandenen Ackerflächen im Osten zwei einreihige Hecken angelegt. Zum einen wird damit eine Einbindung der Baugebietsfläche in die Landschaft erreicht und zum anderen neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen und die Strukturvielfalt der Landschaft erhöht. Weiterhin wirkt die Hecke als Sichtschutz und trägt einen Teil zur Verbesserung des Kleinklimas bei. Es ist autochthones vielfältiges Pflanzmaterial mit unterschiedlichen Wuchsformen und -höhen zu verwenden. Dieser Ansatz trägt zur Auflockerung der linearen Strukturen der PV-Anlage bei. Die Größe der beiden Hecken beträgt ca. 59 m². Um eine möglichst hohe ökologische Wertigkeit zu erreichen, empfiehlt es sich ebenfalls bei den Pflanzungen unterschiedlich weit entwickelte Pflanzen zu nehmen. Aus Gründen der Klimaerwärmung sind für die Auswahl der zu pflanzenden Pflanzen sogenannte Klimabäume und -sträucher vorgesehen. Pflanzung, Pflanzliste/ -schema und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.4.3 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

Maßnahme VII: Eingrünung des Planungsgebietes durch Anlage einer 1m breiten Hecke im Süden (Fl.-Nr. 2386, Gem. Karbach) des Planungsgebietes Um das Baugebiet in die Landschaft einzubinden wird auf der vorhandenen Ackerfläche im Süden eine einreihige Hecke angelegt. Zum einen wird damit eine Einbindung der Baugebietsfläche in die Landschaft erreicht und zum anderen neuer Lebensraum für Pflanzen und Tiere geschaffen und die Strukturvielfalt der Landschaft erhöht. Weiterhin wirkt die Hecke als Sichtschutz und trägt einen Teil zur Verbesserung des Kleinklimas bei. Es ist autochthones vielfältiges Pflanzmaterial mit unterschiedlichen Wuchsformen und -höhen zu verwenden. Dieser Ansatz trägt zur Auflockerung der linearen Strukturen der PV-Anlage bei. Die Größe der Hecke beträgt insgesamt ca. 173 m². Um eine möglichst hohe ökologische Wertigkeit zu erreichen, empfiehlt es sich ebenfalls bei den Pflanzungen unterschiedlich weit entwickelte Pflanzen zu nehmen. Aus Gründen der Klimaerwärmung sind für die Auswahl der zu pflanzenden Pflanzen sogenannte Klimabäume und -sträucher vorgesehen. Pflanzung, Pflanzliste/ -schema und Pflege dieser Maßnahme sind im Kapitel 5.4.4 des Umweltberichtes zum Bebauungsplan enthalten.

#### Maßnahmen zur Überwachung (Monitoring)

Innerhalb der Freiflächenphotovoltaikanlage ist ein Feldvogel-Monitoring durchzuführen. Sollte eine Besiedelung der Anlage durch Feldlerchen erfolgen, sind in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde die CEF-Flächen (Flurnr. 2822 Gem. Birkenfeld) entsprechend zu verkleinern bzw. vollständig aufzulösen, sodass die Flächen anderweitig, bespw. für den Ackerbau, genutzt werden können.

## D) Hinweise, Empfehlungen und Nachrichtliche Übernahmen

#### Zeichnerische Hinweise durch Planzeichen

1.1 Füllschema der Nutzungsschablone A) Grundfläche für Solar in Hektar B) maximale zulässige Höhe der Module in Meter C) maximale zulässige Höhe für Nebengebäude in Meter

D) maximale zulässige Grundflächenzahl (GRZ) 1.2 bestehende Grundstücksgrenze

1.3 Bemaßung in Meter

1.4 Höhenschichtlinie (1 m-Raster)

1.5 Flurstücksnummer 1.6 geplante Einfriedung

1.8 Geltungsbereich im Lageplan

### **Textliche Hinweise**

1.7 geplante Zufahrten

Die Anlage soll im Brandfall frei zugänglich sein. Die Betriebstechnik sollte nicht ungeschützt errichtet werden. Die Erdkabel sind unterirdisch mit einem ausreichenden Abstand zur Fluroberkante zu verlegen.

1.2 Ansprechpartner Feuerwehr Am Zufahrtstor ist deutlich erkennbar eine dauerhaft erreichbare Kontaktadresse des Betreibers anzubringen.

2387

2. Bodendenkmalpflege

2.1 Auffinden von Bodendenkmälern (Art. 8 BayDSchG)

(1) Wer Bodendenkmäler auffindet, ist verpflichtet, dies unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Landesamt für Denkmalpflege anzuzeigen. Zur Anzeige verpflichtet sind auch der Eigentümer und der Besitzer des Grundstücks sowie der Unternehmer und der Leiter der Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben. Die Anzeige eines der Verpflichteten befreit die übrigen. Nimmt der Finder an den Arbeiten, die zu dem Fund geführt haben, auf Grund eines Arbeitsverhältnisses teil, so wird er durch Anzeige an den Unternehmer oder den Leiter der Arbeiten befreit.

(2) Die aufgefundenen Gegenstände und der Fundort sind bis zum Ablauf von einer Woche nach der Anzeige

unverändert zu belassen, wenn nicht die Untere Denkmalschutzbehörde die Gegenstände vorher freigibt oder die Fortsetzung der Arbeiten gestattet. (3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht bei Arbeiten, die vom Landesamt für Denkmalpflege oder unter seiner Mitwirkung vorgenommen oder veranlasst werden (4) Eigentümer, dinglich Verfügungsberechtigte und unmittelbare Besitzer eines Grundstücks, auf dem

Bodendenkmäler gefunden werden, können verpflichtet werden, die notwendigen Maßnahmen zur sachgemäßen Bergung des Fundgegenstands sowie zur Klärung der Fundumstände und zur Sicherung weiterer auf dem Grundstück vorhandener Bodendenkmäler zu dulden.

2.2 Schatzregal (Art. 9 BayDSchG)

(1) Bewegliche Bodendenkmäler oder Teile davon, die herrenlos oder so lange verborgen gewesen sind, dass ihr Eigentümer nicht mehr zu ermitteln ist, werden unabhängig von einer Eintragung nach Art. 2 Abs. 1 mit der Entdeckung Eigentum des Freistaates Bayern. Sie sind unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege zu übergeben.

# Wasserwirtschaf

Das auf den Moduloberflächen ablaufende Regenwasser wird an Ort und Stelle dem Oberboden zum

3.2 Der Oberflächenwasserabfluss darf nicht zu ungunsten umliegenden Grundstücke verlagert oder beschleunigt abgeführt werden.

4. Immissionen

Immissionen, vor allem Staub, Geruch oder Lärm, die durch eine ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung und durch den Betrieb des Schotterwerks auf den angrenzenden Flächen entstehen und sich nachteilig auf die Photovoltaikanlage auswirken könnten, sind zu dulden.

Sollten bei Aushubarbeiten optische oder organoleptische Auffälligkeiten des Bodens festgestellt werden, die auf eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast hindeuten, ist unverzüglich die zuständige Bodenschutzbehörde zu benachrichtigen (Mitteilungspflicht gemäß Art. 1, 12 Abs. 2 Bayerisches Bodenschutzgesetz).

6. Bodenschutz

 Bei Erd- und Tiefbauarbeiten sind zum Schutz des Bodens vor physikalischen und stofflichen Beeinträchtigungen sowie zur Verwertung des Bodenmaterials die Vorgaben der DIN 18915 und DIN 19731 zu berücksichtigen.

• Das Befahren von Boden ist bei ungünstigen Boden-, Witterungsverhältnissen und Wassergehalten möglichst zu vermeiden. Ansonsten sind Schutzmaßnahmen entsprechend DIN 18915 zu treffen. Haufwerke von Oberboden und Unterboden dürfen nicht schädlich verdichtet und daher nicht befahren oder

als Lagerflächen genutzt werden. • Die erosionsanfälligen Lössböden sind zu begrünen, dies gilt auch für Bodenmieten und Haufwerke.

Der belebte Oberboden und ggf. der kulturfähige Unterboden sind zu schonen, getrennt abzutragen,

fachgerecht zwischenzulagern, vor Verdichtung zu schützen und möglichst wieder einer Nutzung zuzuführen. • Oberstes Ziel ist die Vermeidung von Bodenaushub bzw. die Wiederverwendung von Bodenmaterial innerhalb der Baufläche. Die materiellen Änforderungen richten sich nach dem jeweiligen Entsorgungsweg (z. B. § 6-8 BBodSchV, Leitfaden zur Verfüllung von Gruben und Brüchen sowie Tagebauen, ErsatzbaustoffV sowie

Mutterboden (Oberboden) ist nach § 202 BauGB in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vergeudung und Vernichtung zu schützen. Überschüssiger Mutterboden ist möglichst hochwertig nach den Vorgaben des § 6-8 BBodSchV zu verwerten. Auf die zu beachtenden Vorgaben der LABO-Arbeitshilfe "Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und

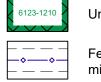
Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie"1 wird verwiesen.

Im Planungsgebiet sind keine konkreten Geogefahren bekannt. Der Untergrund besteht allerdings aus verkarstungsfähigen Gesteinen. Das Vorkommen unterirdischer Hohlräume bzw. eine Erdfallgefahr kann nicht ausgeschlossen werden. Sollten Geländeabsenkungen bemerkt oder bei Bauarbeiten Hohlräume oder aufgelockerte Bereiche angetroffen werden, so sind diese durch einen einschlägig erfahrenen Ingenieurgeologen zu begutachten.

3. Hinweis zur Unterrichtung

Alle nicht öffentlich zugänglichen Regelungen, Vorschriften, Normen, o. ä. auf die im Bebauungsplan verwiesen wird, sind in der für das Bauleitverfahren geltenden Fassung bei der Verwaltungsgemeinschaft Marktheidenfeld auf Nachfrage oder zu den allgemeinen Dienststunden einsehbar.

# Nachrichtliche Übernahme



Umgrenzung von kartierten Biotopen mit Biotophauptnummer

Fernwasserleitung des Zweckverband Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) mit Schutzstreifen

Fernsteuerkabel des Zweckverband Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM)



Lageplan ohne Maßstab

### Verfahrensvermerke

- 1. Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung vom 17.11.2022/16.11.2023 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Photovoltaikanlage Schotterwerk Schebler" in Karbach beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 24.11.2023 ortsüblich bekannt gemacht.
- 2. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit öffentlicher Darlegung und Anhörung für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 04.12.2023 hat in der Zeit vom 11.03.2024 bis 19.04.2024 stattgefunden.
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB für den Vorentwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 04.12.2023 hat in der Zeit vom 11.03.2024 bis 19.04.2024 stattgefunden.

4. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 21.06.2024 wurden die Behörden und sonstigen

5. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung vom 21.06.2024 wurde mit der Begründung und weiteren

Unterlagen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29.07.2024 bis 30.08.2024 öffentlich ausgelegt.

- Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 29.07.2024 bis 30.08.2024 beteiligt.
- 6. Der Markt Karbach hat mit Beschluss des Marktgemeinderats vom 17.10.2024 den Bebauungsplan gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 21.06.2024, redaktionell geändert am 08.10.2024 als Satzung beschlossen.

Karbach, den .... 1. Bürgermeister, Bertram Werrlein

7. Der Bebauungsplan wurde aus dem rechtskräftigen Flächennutzungsplan entwickelt. Die Ausfertigung erfolgt nach Genehmigung.

Ausgefertigt

Karbach, den ...

1. Bürgermeister, Bertram Werrlein

9. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde am \_\_.\_\_ gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Verwaltungsgemeinschaft Marktheidenfeld zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wurde in der Bekanntmachung hingewiesen.

Karbach, den ...

1. Bürgermeister, Bertram Werrlein



Planung:

Projektleitung:

Stand:

geändert:

Gemeinde Karbach Landkreis Main-Spessart

### **VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN** mit integrierter Grünordnung

# "Photovoltaikanlage Schotterwerk Schebler"

Maßstab 1:1.000

Auftraggeber: Markt Karbach,

c/o VG Marktheidenfeld, Petzolstraße 21, 97828 Marktheidenfeld, Tel.: 09391 / 6007-0, www.vgem-marktheidenfeld.de e-Mail: info@VGem-Marktheidenfeld.de

ARZ INGENIEURE GmbH & Co. KG, Kühlenbergstraße 56, 97078 Würzburg, Tel.: 0931/25048-0, Fax: -29 www.ib-arz.de // e-Mail: info@ib-arz.de

Michael Maier, Dipl.-Ing. Landespflege,

Weinbergweg 9, 97907 Hasloch, Tel.: 09342/915582 // e-Mail: info@maierlandplan.de

Tobias Schneider, Dipl.-Ing. (FH)

04.12.2023

21.06.2024

red. geändert: 08.10.2024

